

Pressemitteilung

Sperrfrist: keine



Radentscheid Darmstadt, David Grünewald, Grafenstraße 17, Darmstadt

An
Pressevertreterinnen und Pressevertreter

Ihr Kontakt für Rückfragen:

David Grünewald
0151 22 82 35 53
david@radentscheid-darmstadt.de

Stephan Voeth
0179 9314049
stephan@radentscheid-darmstadt.de

Darmstadt, Montag, 30. April 2018

Radentscheid Thema in der Stadtverordnetenversammlung

DARMSTADT Für die heutige Sitzung der Stadtverordnetenversammlung hat die UFFBASSE-Fraktion eine Große Anfrage zum Radentscheid gestellt. Damit ist der Radentscheid erstmals offiziell Thema im Darmstädter Stadtparlament. Die Bürgerinitiative begrüßt das Interesse der Stadtverordneten außerordentlich. „Wir hätten uns allerdings lieber eine Magistratsvorlage zur Frage der Zulässigkeit gewünscht“, bedauert David Grünewald, Initiator des Radentscheids.

Zuvor hatten Gespräche zwischen dem Radentscheid und den meisten Fraktionen stattgefunden, darunter (in alphabetischer Reihenfolge) CDU, Die Linke, FDP, Grüne, SPD und UFFBASSE. Darüber hinaus gab es Gespräche mit der Stadtspitze und den Vertrauenspersonen des Radentscheids. Die wichtigste Frage für den Radentscheid ist die rechtliche Einschätzung des Magistrats zur Zulässigkeit im Sinne der Hessischen Gemeindeordnung.

Von Anfang an kommunizierte der Radentscheid den Tag der hessischen Landtagswahl am 28. Oktober 2018 als bevorzugtes Datum für die Abstimmung des Bürgerentscheids, um eine hohe Wahlbeteiligung als auch niedrige Kosten für die Organisation des Urngangs zu gewährleisten. Aus rechtlichen Gründen muss drei Monate vor der geplanten Abstimmung ein Beschluss der Stadtverordnetenversammlung erfolgen. Der Radentscheid reichte deshalb die ersten 4.000 Unterschriften bereits am 29. März ein, um das Verfahren zu straffen.

Auch zweieinhalb Monate später schaffte es die grün-schwarze Stadtregierung nicht, eine entsprechende Vorlage in die Stadtverordnetenversammlung einzubringen, die lediglich rechtlich klären soll, ob der Radentscheid zulässig ist. Eine inhaltliche Auseinandersetzung über die Umsetzung des Bürgerbegehrens ist dabei nicht notwendig. Nun liegt es am sogenannten Ferienparlament, die Entscheidung auf rechtliche Zulässigkeit zu beantworten.

Routinemäßig wird der Haupt- und Finanzausschuss im Sommer ermächtigt, an Stelle der Stadtverordnetenversammlung verbindliche Beschlüsse zu fällen. Die nächste Sitzung ist am 19. Juli 2018 und damit noch drei Monate vor dem Wahltermin im Oktober. „Wir appellieren an den Magistrat und alle Fraktionen, den Wunsch der Darmstädterinnen und Darmstädter nach einer Abstimmung zu respektieren

und dem direkt-demokratischen Prozess keine Steine in den Weg zu legen“, so Sabine Crook, zweite Vertrauensperson des Radentscheids, abschließend.

Hintergrund

Der Radentscheid ist eine Initiative Darmstädter Bürgerinnen und Bürger. Die Gruppe führt eine politische Kampagne für sichere und bequeme Radwege im Alltagsverkehr.

Der Radentscheid sammelt aktuell Unterschriften für ein Bürgerbegehren gemäß § 8b der Hessischen Gemeindeordnung. In der zweiten Stufe erfolgt ein Bürgerentscheid, der parallel zur Hessischen Landtagswahl am 28. Oktober 2018 stattfinden könnte. Bei Erfolg verpflichtet der Bürgerentscheid die Stadt Darmstadt auf mindestens 3 Jahre. Es können sich alle EU-Bürger über 18 Jahre beteiligen, die mit ihrem ersten Wohnsitz in Darmstadt gemeldet sind.

Der Radentscheid wird von zahlreichen Einzelpersonen, Verbänden und Darmstädter Einzelhändlern als Sammelstellen unterstützt.

Der Radentscheid hat Vorbilder in Berlin und Bamberg. Zuletzt hat der Stadtrat Bamberg die Ziele des Radentscheids Bamberg beschlossen.

Homepage: radentscheid-darmstadt.de